

Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein e.V.

(472.) Protokoll über die Arbeitssitzung am 18. Januar 2008

Anwesend: **Balharek**, Christa, Karlsruhe; **Bräunche**, Dr. Ernst Otto, Karlsruhe; **Broeker**, Gudrun, Karlsruhe; **Brunner**, Isolde, Karlsruhe; **Brunner**, Paul, Karlsruhe; **Drollinger**, Dr. Kuno, Karlsruhe; **Fahrenbruch**, Rainer, Karlsruhe; **Gutjahr**, Margot, Karlsruhe; **Gutjahr** Dr. Rainer, Karlsruhe; **Hennl**, Rainer, Karlsruhe; **Jungbluth**, Cora, Heidelberg; **Krimm**, Prof. Dr. Konrad, Karlsruhe; **Lang**, Susanne, Karlsruhe; **Müller**, Hermann, Waldbronn; **Müller**, Dr. Leonhard, Karlsruhe; **Müller**, Monika, Waldbronn; **Rödel**, Prof. Dr. Volker, Karlsruhe; **Roellecke**, Elga, Karlsruhe; **Schillinger**, Erich, Karlsruhe; **Schwarzmaier**, Prof. Dr. Hansmartin, Karlsruhe; **Schwarzmaier**, Lore, Karlsruhe.

Vortrag von

Franz Thanbichler, Heidelberg

über

Weltkriegsmobilisierung und Öffentlichkeit im Raum Mannheim 1914

„Ich bezeichne deshalb als Mobilmachung das Freisetzen aller Kräfte innerhalb eines Volkes, die bestimmt sind, Kampfeskraft und Widerstandsfähigkeit zu steigern, die das Handeln zu erweitern und die Kraft des Erduldens zu vergrößern vermögen. Und da sich diese Erweckung nur als ein gesellschaftlicher Vorgang verstehen lässt, so dürfen wir die Gesamtheit solchen Tuns als soziale Mobilmachung bezeichnen.“

Als der Mannheimer Nationalökonom Samuel Altmann im Juni 1915 vor der Juristischen Gesellschaft Berlin zum Thema „Soziale Mobilmachen“ hielt, sah er sich offensichtlich gezwungen, zunächst einmal die Relevanz seines Themas zu begründen. Er präsentierte daher unter sozialer Mobilmachung „das Freisetzen aller Kräfte innerhalb eines Volkes, die bestimmt sind, Kampfeskraft und Widerstandsfähigkeit zu steigern, die das Handeln zu erweitern und die Kraft des Erduldens zu vergrößern vermögen.“ Der Rhetorik nach hätte man hier eine pathetische Kriegsrede erwarten können, doch sowohl der Vortragsort als auch der Referent standen für einen etwas abgehobeneren Zugang zur Kriegsrealität: Die junge Mannheimer

Handelshochschule, an der Altmann lehrte, hatte sich vor 1914 an den akademischen Diskussionen über die Einführung einer soziologischen und ökonomischen „Kriegswirtschaftslehre“ aktiv beteiligt. Er selbst war zudem wissenschaftlicher Leiter der Mannheimer Zentrale für Kriegsfürsorge und konnte somit sowohl wissenschaftliche als auch praktische Erwägungen zum neuen Konzept der „sozialen Mobilmachung“ einbringen. Interessant für den Kontext meines Vortrags ist die von Altmann getroffene Unterteilung seines Gegenstands in drei Gebiete: „seelische“ Mobilmachung, Wirtschaftsorganisation, soziale Absicherung.

Ohne ihm prophetische Gaben unterstellen zu wollen, lässt sich ein Großteil der historischen Forschung, die insbesondere in den letzten drei Jahrzehnten zur „Heimatfront“ des Ersten Weltkriegs geleistet worden, einer oder mehrerer dieser Kategorien zuordnen. Mit dem Zusammenspiel dieser drei Komponenten – Meinungsbildung, Wirtschaftsorganisation, Sozialsystem – ist auch das, was ich in den folgenden Ausführungen und meiner Dissertation als „Mobilmachung“ betrachten will, zunächst einmal abgesteckt. Auf den Kernbereich der militärischen Mobilmachung werde ich hingegen nur dort eingehen, wo er Auswirkungen auf die breitere Öffentlichkeit hatten.

Hiermit sind wir beim zweiten Schlüsselwort meines Themas, der „Öffentlichkeit“. Hier wird es wesentlich schwieriger, Ihnen eine griffige Definition zu geben. So will ich an dieser Stelle gar nicht zuviel Zeit auf die genaue Begriffsbestimmung verwenden, sondern Ihnen statt dessen meine Überlegungen zur Öffentlichkeit des Kaiserreichs sozusagen „vorsetzen“, zur Diskussion stellen und hoffen, dass diese durch meine weiteren Ausführungen plausibel werden.

Zunächst einmal gab es die Öffentlichkeit im Deutschen Kaiserreichs gar nicht. Die wirtschaftliche Modernisierung hatte eine zuvor undenkbbare gesellschaftliche und geographische Mobilität und diese wiederum eine „Fundamentalpolitisierung“ breiter Bevölkerungsteile nach sich gezogen. So war die Gesellschaft, insbesondere die städtische, um die Jahrhundertwende sicher nicht pluralistisch, wohl aber pluralisiert. Sie zerfiel in politische Lager und lebensweltliche Milieus, die durch unterschiedliche Arbeitsverhältnisse, Lebensumstände und Weltanschauungen voneinander abgegrenzt waren. Insbesondere bei politischen und weltanschaulichen Fragen ging diese Abgrenzung bis hin zu bewussten Hass- und „Ekelschranken“ (Dieter Langewiesche).

Auch das Entstehen einer kommerziellen Presselandschaft etwa zur gleichen Zeit erzeugte keine einheitliche Öffentlichkeit. Im Gegenteil: Viele Tageszeitungen waren eindeutige Parteigründungen und auch sonst war eine klare politische Verortung vielfach ein Standortvorteil, da man damit einen zwar klar eingegrenzten, aber eben auch stabilen Leserkreis erschloss. Und auch ein Großteil der sogenannten „unpolitische“ Generalanzeiger- und Boulevardpresse band wohl ein spezifisches Lesermilieu an sich, wenn auch vielleicht nur per Negativdefinition: Dem distinguierten Bildungsbürger konnte sie durch ihre Themen und ihre Sprache genau so wenig eine Heimat geben wie dem klassenbewußten Arbeiter oder dem katholischen Priester.

In der Großstadt trafen die vielfältigen Segmente, die sich innerhalb der Gesellschaft gebildet hatten, aufeinander. Mit Industrialisierung und Arbeitskräftewanderung wurden die Städte zu groß, als dass sich ein bestimmtes Meinungsmonopol, ob nun politischer, religiöser oder moralischer Natur, hätte halten können. Andererseits waren sie zu klein, oft auch im Wortsinne zu eng, als dass man die Augen vor der „Pluralisierung“ - oder lieber der Segmentierung - der Weltanschauungen, Interessen und Lebensstile hätte verschließen können.

Ob man nun in den Sozialreformen des sogenannten Munizipalsozialismus oder im Ausbau obrigkeitsstaatlicher Bürokratie das Signum der Zeit erkennen will: Beide Entwicklungen zeigen, dass man in den Städten nach neuen Möglichkeiten suchen musste, das Zusammenleben zu regeln und nicht von einer wie auch immer gegebenen „natürlichen“ Ordnung ausgehen konnte.

Die Stadt Mannheim ging im Großen und Ganzen eher den „sozialreformerischen Weg“, wie im folgenden noch zu zeigen sein wird. In jedem Fall bietet sie ein schönes Anschauungsobjekt für die gesellschaftlichen Umbrüche des Kaiserreichs. Lothar Gall hat darauf hingewiesen, dass die Stadt nach mehreren Krisen Ende des 18. Jahrhunderts (Verlust der Residenz, Auswirkungen der Französischen Revolution, Übergang an Baden) „eine[.] Art innere[.] Neugründung und bewusste[.] und prononcierte[.] Öffnung gegenüber den Elementen der Veränderung und des wirtschaftlichen und sozialen Wandels [erlebte]. Diese treten hiermit sozusagen in fast reiner ‚unvermischter‘ Form zutage“.

Die Elemente des wirtschaftlichen Wandels, von denen Gall spricht, beschleunigten den gesellschaftlichen Wandel der Stadt noch weiter: In Folge der Industrialisierung wuchs die Bevölkerung von etwa 40 000 Einwohnern 1870 auf über 190 000 bei Kriegsausbruch. Welche Auswirkungen dies auf die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Mannheim hatte,

zeigen die Tatsachen, dass seit den 1890er Jahren fünf Tageszeitungen in der Stadt existierten und sie durch gleich zwei Reichstagsabgeordnete in Berlin vertreten wurde: Nachdem der 11. badische Reichstagswahlkreis spätestens mit den Wahlen von 1898 zu den „todsicheren Besitzständen“ (Oscar Geck) der Sozialdemokratie gehörte, ließ sich der nationalliberale Fraktionsvorsitzende Ernst Bassermann sein Mandat in verschiedenen Wahlkreisen im Reich verlängern. Dabei blieb er nicht nur in seiner Heimatstadt wohnen, sondern bewahrte auch seinen großen Einfluss auf die Kommunalpolitik wie auf das nationalliberale „Establishment“ im Allgemeinen.

In dieser Schicht fand sich ein großer Teil der Alt-Mannheimer bürgerlichen Elite wieder, und wenn sie auch das Reichstagsmandat und die Stellung als stärkste Fraktion im Bürgerausschuss verloren hatte, konnte sie doch auf wichtige und einflussreiche Besitzstände wie etwa die unangefochtene Führung in Handwerks- und Handelskammer und anderen wichtigen Wirtschaftsverbänden zurückgreifen. Auch bei der Besetzung der wichtigsten hauptamtlichen Posten in der Stadtverwaltung kam ihr entscheidende Bedeutung zu.

Demgegenüber stand der rasante Aufstieg der Sozialdemokratie, die ihre politischen Erfolge nicht nur - cum grano salis - von Wahl zu Wahl ausbauen konnte, sondern auch über ein umfassendes und nach der Jahrhundertwende immer professioneller funktionierendes Netzwerk aus Vereinen, Genossenschaften und Gewerkschaften verfügte.

Diese Konstellation führte jedoch nicht, wie man zunächst erwarten könnte, zu übertrieben harten Auseinandersetzungen oder gar einer wechselseitigen Blockade in der kommunalen Politik. Im Gegenteil: Gerade nachdem das „Patt“ zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten in den Jahren nach der Jahrhundertwende zu einer Konstante in der städtischen Politik geworden war, begann diese – endlich, möchte man fast sagen – mit einer ähnlich dynamischen Modernisierung, wie sie Wirtschaft und Gesellschaft bereits in den vorangegangenen Jahrzehnten vorgemacht hatten.

Die Reformen des Armen- und Volksschulwesens erfolgten noch ganz im Geiste der bürgerlichen Sozialreform und teilweise unter Rückgriff auf bürgerliche Wohltätigkeitsvereine. Die Beteiligung der Stadt an großen Genossenschaftsprojekten – am bekanntesten die Milchzentralen und die Gartenstadtgenossenschaft – und schließlich die Einführung einer städtischen Arbeitslosenfürsorge in den Jahren 1911 – 1913 zeigten hingegen, dass wichtige sozialpolitische Projekte von Beginn an unter Einbeziehung – wenn nicht gar auf Initiative - sozialdemokratischer Politiker stattfanden. Auffällig ist dabei auch, dass diese Initiativen zwar

in der Presse- und Verbandsöffentlichkeit heftig umkämpft waren, ihre kommunalpolitische Umsetzung jedoch vergleichsweise harmonisch vonstatten ging.

Diese Feststellung erscheint mir exemplarisch für die politische Kultur der Stadt vor dem Weltkrieg und mit eines ihrer Erfolgsrezepte: Gerade bei den großen Protagonisten Sozialdemokratie/Nationalliberale gewinnt man den Eindruck, dass harte Konflikte in die Verbände (insbesondere Arbeitgebervereine und Gewerkschaften) und die parteinahe Presse ausgelagert wurden, und man dadurch die Freiheit nahm, diese Themen bei den Verhandlungen in den städtischen Gremien „nicht zu heiß zu essen“. Dies wurde durch die recht professionelle Organisation und die eindeutige Machtstruktur in beiden Parteien ermöglicht, die sich wenig überraschend um die beiden Reichstagsabgeordneten gruppierte.

So wirkte Ernst Bassermann wiederholt mäßigend auf die Redaktion „seines“ Generalanzeigers ein, der sich hin und wieder doch sehr deutlich nach rechts lehnte, und sorgte für die Einbeziehung städtischer Beamter in Führungspositionen des Nationalliberalen Vereins. Auf sozialdemokratischer Seite hatte sich um Ludwig Frank, der kommunal nach 1907 wenig in Erscheinung trat, ein Kreis junger Reformer gebildet, die Schlüsselpositionen in Partei, Presse und Gewerkschaften innehatten. Spätestens nach dem raschen Ende der badischen „Karl Marx Clubs“ 1911 waren diese auch in der Partei vor Ort tonangebend. So sah ein Beobachter der „Konkurrenz“ (Paul Thorbecke) die Mannheimer SPD in dem Dilemma „auf der einen Seite [...] den ‚Volksmann‘ darzustellen, andererseits die Verantwortung einer städtischen Regierungspartei zu übernehmen.“

Den anderen Parteien in der Stadt fehlte eine solche Erfolgsformel – oder einfach die nötige Professionalität, die dazu nötig war. Der Linksliberalismus blieb durch die Parteispaltungen Ende des 19. Jahrhunderts nachhaltig geschwächt. Die erneute Sammlung in der Fortschrittlichen Volkspartei brachte einen deutlichen Mitgliederzuwachs, zumal sich in Mannheim einige Anhänger der Nationalsozialen Friedrich Naumanns fanden, die teilweise an wichtigen Stellen an der städtischen Reformpolitik mitwirkten. Doch auch in der gemeinsamen Partei wirkten diese eher neben als mit den alteingesessenen liberalen Familiendynastien, die eher dem Freisinn zugeordnet waren und ihr Sprachrohr in der überregional angesehenen „Neuen Badischen Landeszeitung“ hatten. Dass das bürgerliche Vereinswesen – wie damals üblich – mit wenigen Ausnahmen nicht nach politischen Gesichtspunkten aufgeteilt war, sorgte zudem dafür, dass der Linksliberalismus hier über kein eigenes organisatorisches Umfeld verfügte.

Der politische Katholizismus verfügte, auch dies zeittypisch, hingegen über ein solches. Tatsächlich war es nur durch den schnellen Ausbau der – in der Kirche zunächst skeptisch betrachteten - „neuen“ Vereinsarbeit in der schnell wachsenden und durch massive Zuwanderung geprägten Bevölkerung so etwas wie ein katholisches Milieu aufrecht zu erhalten. Dies gelang und nach der Jahrhundertwende verfügten die organisierten Katholiken in Mannheim über ein dichtes Netz an Vorfeldorganisationen mit gemeinsamem Vereinshaus, einem katholischen Volksbüro und einer eigenen Tageszeitung. Doch scheinen wirken die Grenzen dieses Milieus fast wie eine Illustration des viel zitierten „Katholischen Getto“. Betrachtet man die kommunalen Wahlergebnisse des Zentrums, so ist auffällig, wie gleichmäßig sich dessen Stimmen auf alle Klassen verteilen, dabei jedoch auf niedrigem Niveau bleiben. Das katholische Milieu erscheint also klassenübergreifend stabil, jedoch kaum in die Stadt integriert: Die gewählten politischen Vertreter erscheinen auch im Bürgerausschuss relativ isoliert und waren, soweit nachvollziehbar, nur in solchen Kommissionen vertreten, auf die sie nach der städtischen Satzung oder aufgrund ihrer Fraktionsgröße ein Anrecht hatten. Auch bei den nicht-städtischen und dennoch lagerübergreifenden Wohlfahrts- und Bildungsprojekten spielten die organisierten Katholiken weder politisch noch in Gestalt ihrer Vereinsorganisationen eine auffällige Rolle.

Kurz zusammengefasst traf der Erste Weltkrieg also auf eine vielfältige Stadtgesellschaft, in der der Gegensatz zwischen alteingesessenen und wohlhabenden Bürgern und einer großen Masse zugewanderter Arbeiterbevölkerung die Organisation der städtischen Politik stark beeinflusste. Eine Besonderheit, selbst angesichts der ohnehin besonderen badischen Verhältnisse, stellte das Ausmaß der Bereitschaft zu friedlicher, ja kooperativer Bewältigung dieses Konfliktes dar. Wenn von einer offensichtlichen Marginalisierung eines Bevölkerungsteils zu sprechen ist, so waren dies die organisierten Katholiken. Aber natürlich war die Wahrung des sozialen Friedens innerhalb der Stadt essenziell für den reibungslosen Ablauf der Mobilmachung und stellte wichtige Weichen für die Stadtgesellschaft im Krieg. Daher will ich im Folgenden die Frage, ob und wie der Sommer 1914 tatsächlich den viel zitierten Burgfrieden brachte, besonders auf soziale und konfessionelle Aspekte fokussieren.

Die Volksmassen, die 1914 in den ersten Kriegstagen und der vorausgegangenen Woche der sogenannten Julikrise, die Straßen und Plätze der deutschen Großstädte bevölkerten sind in der historischen Diskussion der letzten Jahre immer stärker hinterfragt und differenziert worden. Sicher fanden sich darunter auch kriegsbegeisterte Patrioten. Doch bildeten diese trotz der zahlreichen überlieferten Jubelbilder keineswegs die Mehrheit. Ein weit größerer Anteil

derjenigen, die es in diesen Sommertagen auf die Straße trieb, suchte etwas anderes: Informationen. Zum einen Informationen über die Entwicklung der internationalen Lage und die Kriegsgefahr, die zu Menschentrauben vor den Zeitungsredaktionen, Postämtern und Bahnhöfen führten, also den Orten, an denen man am ehesten an neue Nachrichten gelangte. Zum anderen Informationen über die Situation in der Stadt selbst und ihrem Umland. Und diese erhielt man durch Mundpropaganda oder eigene Anschauung – also ebenfalls auf der Straße. Spätestens mit der Verkündung des Zustandes drohender Kriegsgefahr gab es ja auch vor Ort zahlreiche Neuigkeiten zu entdecken: wichtige Verkehrswege und Industriebetriebe wurden militärisch bewacht, Reservisten und Freiwillige mobilisiert und jeder Tag brachte eine Neuerung im Straßenbild der Innenstadt.

Alle diese Charakteristika finden sich auch in Mannheim wieder. So berichteten die Zeitungen von „wogenden Massen“, die beispielsweise die Militärposten an der Rheinbrücke „besichtigten“. Zwischen den einzelnen Zeitungen entbrannte kurzfristig ein Streit darüber, wie man verantwortungsvoll mit der Krisenberichterstattung umgehen sollte. Nach Anlaufen der Kriegsmaschinerie wurden die „neugierigen Massen“ zunehmend zum Problem, insbesondere wenn es um die sichere Verladung von Kriegsgefangenen oder Verwundeten ging.

Schließlich waren auch alle anderen bekannten massenpsychologischen Phänomene der ersten Kriegswochen in der Mannheimer Öffentlichkeit präsent, von der Spionenfurcht über die Goldautojagd bis hin zu den regelmäßigen Gräuelpberichten vom Kriegsschauplatz. Statt deren Variationen an meinem Untersuchungsgegenstand nochmals durchzuexerzieren möchte ich etwas ausführlicher auf die sozialen und politischen Unterschiede eingehen, die sich auch aus diesen scheinbar so einheitlichen Massenphänomenen herauslesen lassen. Gerade angesichts des Bildes einer homogenen Gemeinschaftsrhetorik und den Bedingungen der Militärzensur ist doch auffällig, wie unterschiedlich diese auch von den jeweiligen politischen und sozialen Milieus unterschiedlich interpretiert und auch zur Selbststilisierung genutzt wurden. Dass ich etwas erstaunt war, wie offen sich diese durchaus konfliktträchtigen Interpretationen auch noch nach der Einführung der Militärzensur artikulieren konnten, sei nur am Rande bemerkt.

Am prominentesten ist dieses Phänomen für die Auseinandersetzungen der Sozialdemokratie mit den patriotischen Kundgebungen während der Julikrise. Nicht nur, dass die SPD zu diesem Zeitpunkt immer noch auf eine diplomatische Lösung der Krise hoffte und am 30. Juli zu großen Friedenskundgebungen in den Rosengarten und das Gewerkschaftshaus einlud. Hiermit befand sie sich in deutlichem Gegensatz zu den Stimmen um den nationalliberalen *Generalanzeiger*,

der bereits ab dem 22. Juli auf von einer Verschwörung der Tripleentente gegen Deutschland ausging und langsam darauf hinarbeitete, einen Weltkrieg als „Ende mit Schrecken“ gegen einen Schrecken ohne Ende positiv zu bewerten.

Zu diesen Differenzen in der politischen Einschätzung kam jedoch auf Seiten der SPD ein deutlich klassenkämpferischer Ton. Während die bürgerliche Presse die Teilnehmer der verschiedenen Massenkundgebungen generell als „das Publikum“ oder „die Öffentlichkeit“ darstellte, lenkten die Sozialdemokraten den Blick auf deren soziale Grundierung. So bemerkte etwa der spätere badische Staatspräsident – damals als Gewerkschaftssekretär in Mannheim – Adam Remmele: „die jungen Herren, die mitten in der Nacht Straßenumzüge veranstalten dürfen, lägen in ihrer Mehrzahl auf des Vaters Geldbeutel und brauchen sich keine Sorgen zu machen, wenn sie ohne Arbeit bleiben. Anders aber läge es bei der Masse des Volkes, bei den Arbeitern. Jetzt schon stocken die Geschäfte, die Kurse fallen, und ehe es noch zu einem Krieg kommt, wird Arbeitslosigkeit in großem Maße um sich greifen.“

Mit dieser Einschätzung sollte Remmele Recht behalten, denn trotz der hohen Zahl an Einberufungen verdoppelte sich die Zahl der Arbeitssuchenden in der Stadt über den August.

Von dieser Entwicklung waren ärmere Arbeiterschichten natürlich in besonderem Maße betroffen, Ähnliches gilt für die außerordentlichen Belastungen durch die Kriegssituation wie etwa Preissteigerungen und Einquartierungskosten. So ist es zwar nicht verwunderlich, aber doch auffällig, wie kritisch und polemisch die soziale Situation in den ersten Kriegswochen von sozialdemokratischer Seite immer wieder thematisiert wurde. Insbesondere wenn die vorgebliche „patriotische Begeisterung“ vor Klassenschranken Halt machte oder gar in den Verdacht geriet, den Krieg zu eigensüchtigen Zwecken auszunutzen, wurde dies öffentlich an den Pranger gestellt.

Immer wieder kehrende Themen waren dabei die Debatte um Notwendigkeit und Umfang von kriegsbedingten Entlassungen sowie die Regelung von Mieten und Schulden während des Krieges. Doch auch auf den ersten Blick abwegige Themen, wie die Fragen, ob in der reichen Oststadt besonders viele geizige Quartiergeber leben oder ob unausgebildete „Höhere Töchter“ bei der Diensterteilung für das Rote Kreuz bevorzugt behandelt werden, waren Gegenstand heftiger Pressekontroversen.

Trotz der herrschenden Gemeinschaftsrhetorik war publizistisch also wenig bis nichts von einem Burgfrieden zu spüren. Gerade der Gegensatz zwischen nationalliberaler und

sozialdemokratischer veröffentlichter Meinung nahm sogar eher zu. Die eine Seite versuchte stärker als zuvor, ihre, also die bürgerlich-patriotische, Einstellung als die der Kriegssituation einzig angemessene zu präsentieren. Zwar wurden auch zögerliche oder unpatriotische Zeitgenossen in den eigenen Reihen zur Ordnung gerufen. Zwischen den Zeilen klang jedoch immer wieder an, von wem man hinsichtlich einer „Beruhigung des Publikums“ in der Pflicht sah. Dass das sozialdemokratische Lager nicht willens war, für eine solche zu sorgen, ist ein Zeichen der tiefen Not, die in großen Bevölkerungsteilen bereits – beziehungsweise sogar besonders – in den ersten Kriegswochen herrschte.

Auch die zunächst einzelfallbezogene Auszahlung der Familienunterstützung sorgte für soziale und politische Unruhe, da die Verwaltung mit dem Aufstellen von Unterstützungsrichtlinien nicht nachkam und zudem personell überfordert war. Dass man angesichts dieser Tatsache auf ehrenamtliche Kräfte zurückgriff ist verständlich, sorgte jedoch für weiteren Zündstoff: Zum einen war die Frage der freiwilligen Hilfstätigkeiten angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen ohnehin umstritten, zum anderen fühlten sich viele arme Familien von den – meist wohlhabend-bürgerlichen – Laien-Inspektoren ausgeschnüffelt oder gedemütigt.

Angesichts dieser Tatsache war es nicht möglich, einen politischen Burgfrieden im Sinne einer vollständigen Unterdrückung von Konflikt und Diskussion einzuhalten. Ursprünglich war geplant, die erste Bürgerversammlung im Krieg als ein großes Gemeinschaftserlebnis zu gestalten, bei der nur einstimmige Beschlüsse zur Linderung der Kriegsnot gefasst werden sollten. Gerade deren Umfang führte jedoch dazu, dass die sozialdemokratische Fraktion in einigen Punkten auf eine eigene Debatte bestehen musste.

Diese verlief zwar – hier eine Ähnlichkeit zu den Vorkriegsverhältnissen – in weit sachlicherer Atmosphäre als die Behandlung des Themas in der Presse. Dennoch wurde Verwaltung und wohlhabendem Bürgertum klar gemacht, dass die Erzielung friedlichen Einvernehmens nur durch stärkere Zugeständnisse, vor allem im Umgang mit Unterstützungsbedürftigen, möglich war.

Mit der Schaffung einer städtischen Zentrale für Kriegsfürsorge im September 1914 wurde nicht nur die Familienunterstützung sondern auch die Arbeits- und Wohnungsvermittlung in der Stadt zentral verwaltet. Dies bedeutet sicher auch eine Entlastung der personell immer schlechter ausgestatteten Verwaltungen. Bedenkt man allerdings, dass vor allem die sogenannten Arbeitsnachweise vor dem Krieg eines der effektivsten – und am besten gehüteten – Kampfmittel der Arbeitgeber waren, bedeutete dies ein sehr großes Zugeständnis, dessen

Zustandekommen sich aufgrund des Fehlens interner Protokolle leider nicht nachvollziehen lässt. Gemeinsam mit der allgemeinen Entspannung auf dem Arbeitsmarkt hatte dieser Schritt mit Sicherheit einen hohen Anteil an der (Wieder-)Herstellung des sozialen Friedens. Die Tatsache, dass dieses erforderlich war, zeigt, dass die Volksgemeinschaft schon in der Phase ihrer angeblichen Konstituierung äußerst fragil war.

Eine deutliche Aufwertung erfuhren hingegen die katholischen Verbände, die von Beginn an in die neuen Nothilfeeinrichtungen und – dies als eigentliche Neuerung – in die unter städtischer Regie entstehenden neuen Kommissionen und Institutionen eingebunden waren.

Wie alle Religionsgemeinschaften so erlebten auch die Katholiken einen umfassenden Anstieg des Gottesdienstbesuchs und der Teilnahme an Sakramenten. Zudem fand eine Annäherung der Konfessionen auf theologischer und ritueller Ebene statt. Der „Feldgottesdienst“ auf dem Exerzierplatz am Abend vor dem Ausmarsch des Grenadierregiments dürfte einer der ersten ökumenischen Gottesdienste in der Stadt gewesen sein. Die täglich gehaltenen Kriegsandachten waren sich liturgisch natürlich wesentlich ähnlicher als normale Gottesdienste und auch der Inhalt der dort gehaltenen Predigten und Gebete dürfte nur graduelle Unterschiede aufgewiesen haben. Darüber, dass Gott auf Seite der Deutschen stand, herrschte kein Zweifel. Auch erhofften sich beide Konfessionen vom Kriegsausbruch eine Stärkung des Gemeinschaftsgeistes und des sittlichen Lebens. Im täglichen Leben, so berichtete ein katholischer Pfarrer gut gestimmt, war „von irgendwelcher Gehässigkeit oder von ungerechten Angriffen gegen uns Geistliche [...] seit Beginn des Krieges nichts zu merken.“

Auch wenn offene Attacken, die noch im Juni und Juli angesichts der jüngsten Auseinandersetzungen um den badischen Zentrumsvorsitzenden Theodor Wacker sehr präsent waren, verschwanden, war keineswegs sicher, dass der konfessionelle Burgfriede weitgehend verinnerlicht wurde. Wer die Berichterstattung des *Generalanzeigers* über den genannten Feldgottesdienst las, wurde ausführlich auf die Ansprache des protestantischen Stadtpfarrers und auf den würdigen Abschluß durch Singen „des alten Trutzliedes der Protestanten“ „Eine feste Burg ist unser Gott“ hingewiesen. Vom gemischt-konfessionellen Charakter des Gottesdienstes, der immerhin unter Mitwirkung des katholischen Stadtdekans stattfand, war hingegen nichts zu lesen.

Wieso diese einseitige Berichterstattung keine Proteste der sonst so empfindlichen Katholiken nach sich zog, läßt sich nicht nachvollziehen. Ob diese in den ersten Kriegstagen und nicht als

Nörgler da stehen und ihre gestiegene kommunale Anerkennung gefährden wollten, oder ob dies einfach die Segmentierung der Presseleserschaft belegt muss mangels Quellenbelegen offen bleiben.

Für offenen Protest sorgte hingegen die tendenziöse Berichterstattung über die Kriegsgräueltaten, die die Zivilbevölkerung in Frankreich und Belgien angeblich an den deutschen Truppen verübten. Es war ein reichsweites Phänomen, dass bei diesen Berichten immer besonders auf die Mitwirkung katholischer Geistlicher beim Schüren der Volksstimmung wie auch bei der Ausübung von Anschlägen hingewiesen wurde. Der Zyklus aus Berichterstattung, Kritik seitens der Bevölkerung und der Verbandsöffentlichkeit und einer öffentlichen Verteidigung des katholischen Klerus in Deutschland unterschied sich auch in Mannheim nicht wesentlich von der Entwicklung auf Reichsebene. Hier wie dort zeigte diese Episode, auch wenn sie bald mit einer Entschuldigung der Berichtersteller und einer erneuten Betonung des Gemeinschaftsgeistes beendet wurde, dass die Vorurteile der Vorkriegszeit nicht über Nacht verschwunden waren, teilweise angesichts der angespannten Stimmung insgeheim sogar noch stärker fortlebten. Im Winter 1914 sah zumindest die Mannheimer Geistlichkeit ihre Hoffnungen auf einen dauerhaften Stimmungswandel schwinden. So musste man konkret in der Stadt „die Einhaltung des konfessionellen Friedens“ anmahnen, den man durch das Verhalten einiger protestantischer Amtskollegen in überkonfessionellen Einrichtungen wie der Jugendwehr und dem Nationalen Frauendienst und durch die Verteilung latent-antikatholischer Zeitschriften in den Lazaretten gefährdet sah. Auch die verstärkte Religiosität der Bevölkerung war wieder am Schwinden und „in den Schaufenstern ist der alte Schmutz zu sehen.“

Wenn auch die sittliche Erneuerung ausblieb, der Krieg vielmehr wie wir inzwischen wissen eher zu einem Werteverfall aus Sicht der Kirchen geführt haben dürfte, und wenn sich auch das konfessionelle Vorurteil hartnäckig hielt: Ein dauerhafter Integrationsschritt war mit der Einbeziehung der katholischen Verbände in die städtische Wohlfahrtspolitik getan. Über den Krieg hinweg blieb dies sogar stabiler als die der in Turbulenzen geratenden Sozialdemokraten.

Ich habe hier natürlich nur einen kleinen Ausschnitt des Mannheimer Stadtlebens in der Kriegszeit zeigen können. Die Tatsache, dass das Anlaufen der Mobilisierungsmaschinerie in der Stadt aufgrund ihrer Lage und ihrer Industrieansiedlung bereits früh wahrgenommen wurde, konnte nur angerissen werden. Dass die Schrecken des Krieges der Bevölkerung durch die bereits im August präsenten Krankentransporte in die Mannheimer Lazarette und den

tragischen Tod Ludwig Franks ebenfalls früh vor Augen geführt wurde, habe ich gar nicht thematisiert.

Die schwierigen Bedingungen und die geringe Belastbarkeit eines „Burgfriedensschlusses“ auf lokaler Ebene erschienen mir jedoch in doppelter Hinsicht von besonderer Bedeutung für die Betrachtung von „Weltkriegsmobilisierung und Öffentlichkeit“. Zum einen zeigen sie, dass hinter den „Ideen von 1914“ von Beginn an nur Wunschdenken stand und der Versuch einer Gemeinschaftsbildung an der Heimatfront weit eher aus purer Notwendigkeit und einem gehörigen Maß an Selbstdisziplinierung der politischen Akteure entstand, als aus einer wie auch immer gearteten sittlichen Erneuerung. Für den Fall Mannheim bedeutete dies zum anderen, dass der Krieg die Stadtgemeinschaft eher fragmentierte als weiter zusammenschweißte. Angesichts der steigenden Not und Krisenwahrnehmung lebten alte Vorurteile neu auf und man suchte Schutz und Sicherheit innerhalb seiner vertrauten Teilöffentlichkeiten. Mit dem Ausfall wichtiger lokaler Funktionäre aufgrund des Krieges und mit der Einbeziehung der Militärverwaltung wurden die staatlichen und semistaatlichen Organe zusehends wichtiger als die politische Selbstverwaltung. Dies führte jedoch dazu, dass die einzelnen Teile der Stadtgesellschaft noch stärker zum stabilen, daher aber auch unbeweglichen „Getto“ wurden. Die Zentralisierung der Kriegswohlfahrt, der Arbeitsvermittlung und des Schlichtungswesens sichern zunächst den sozialen Frieden, leisten jedoch dieser Tendenz weiter Vorschub.

Die erstmalige Integration des Verbandskatholizismus in die Verwaltung städtischer Aktivitäten steigerte in einem bestimmten Teilbereich tatsächlich die Einheit der Stadtgemeinde, vor allem in institutionell politischer Hinsicht. In mehreren anderen Bereichen legte jedoch bereits die von mir geschilderte Phase Grundlagen für einen Erosionsprozess, der sich im weiteren Kriegsverlauf mit dem Ausfall von wichtigen Integrationsfiguren, insbesondere Frank und Bassermann, und der allgemein demoralisierenden Wirkung des langen Krieges weiter fortsetzte.

Daher möchte ich zum Abschluß die, zugegeben sehr überspitzte, These formulieren, dass in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch in Mannheim ein stabilerer „Burgfriede“ herrschte, als selbst in der Anfangsphase des Krieges.

DISKUSSION

Prof. Krimm: Herr Thanbichler, Sie haben sich am Anfang über die Methodenbegriffe Gedanken gemacht, über „Öffentlichkeit“; dazu habe ich mir einige Fragen notiert. Sie haben die Vorgänge geschildert, den Ablauf der Zeit, die Veränderung der Einstellung zum Krieg, auch Fragen der Vergleichbarkeit mit anderen Städten, mit gesamtbadischen Verhältnissen, mit Verhältnissen des Reiches, solche Fragen drängen sich auf. Bei einem Archivar stellen sich auch immer wieder Fragen nach den Quellen. Wir haben also genügend Stoff für die Diskussion.

Dabei erlaube ich mir, die erste Frage zu stellen und Sie nach einer Begrifflichkeit zu fragen, die mir im Moment so nicht klar war, als Sie gemeint haben, dass in dieser Zeit „Öffentlichkeit“ eigentlich nicht mehr als Ganzes vorhanden war, als eine Einheit. Vielmehr habe sie sich, und das war dann auch ein Ergebnis Ihres Referates, fragmentiert in lauter eigene Bereiche. Dies haben Sie auch in Mannheim gezeigt, in der Darstellung des sozialen Milieus, der politischen Gruppen, der konfessionellen Abschottung. Meine Frage ist: Gab es das denn jemals zuvor? Gab es überhaupt Zeiten, in denen Öffentlichkeit als Ganzes fassbar ist? Hat man es nicht immer mit Gruppen und Stimmen von Gruppen zu tun? Dies zieht dann die nächste Frage nach den Quellen, auf die Sie sich hauptsächlich bei einer so schwierigen sozialpsychologischen Frage beziehen, nach sich.

Herr Thanbichler: Der erste Punkt stimmt ganz sicher, dass sozusagen das, was wir unter der „Öffentlichkeit“ verstehen, eigentlich immer nur ein Blick auf einen Teil des Ganzen ist. Was allerdings für das Kaiserreich frappierend ist, sind zwei Punkte. Zum Einen, dass wir uns hier in Deutschland an einem Punkt bewegen, wo ein Großteil der Menschen in der Lage ist, am öffentlichen Diskurs teilzunehmen. Sicherlich werden wir immer nur einen Teil haben, auch wenn theoretisch die Bevölkerung die Öffentlichkeit bildet, die durch Gespräche und durch ihr Handeln Öffentlichkeit darstellt. Wenn dies so ist, dann befinden wir uns, wie gesagt, im Kaiserreich an einem Punkt, wo ein Großteil der Bevölkerung in der Lage ist, an diesem öffentlichen Diskurs teilzuhaben und dies auch tun will, weil die Menschen eben bestimmte weltanschauliche, politische oder sonstige Interessen haben, weil sie nicht in ihrer gottgegebenen Umwelt verharren, oder, wenn sie dies tun, sich dessen doch bewusst sind, dass es noch andere Faktoren gibt, und wenn er diese ausblendet, dies auch wieder bewusst tun. Ich sehe also sozusagen gerade für das Kaiserreich den Zwang, sich öffentlich zu bekennen, und sei es nur durch die Tatsache, dies nicht zu tun, den sehe ich in der Entstehung eines politischen, unprintökonomischen Massenmarktes sehr stark gestiegen. Zum Anderen weise ich für das deutsche Kaiserreich auf diese Situation hin, um so etwas wie ein Gegenbild zur Untertanengesellschaft oder zur gleichgeschalteten Öffentlichkeit zu bieten, wie es Thomas Nipperdey in einem schönen Vortrag in den 80er Jahren gezeigt hat. Er geht sogar so weit zu sagen, das deutsche Kaiserreich sei eine pluralistische Gesellschaft gewesen, was ich freilich so nicht unterschreiben würde. Aber es war doch eine plurale Gesellschaft, und wie gesagt auch die Öffentlichkeit, die von oben propagiert wurde, oder der unpolitische Untertan, stellte ein öffentliches Bekenntnis dar. Wie ich am Anfang sagte, es gab nicht die Öffentlichkeit, sondern es gab viele Teilöffentlichkeiten, die die Öffentlichkeit dann irgendwie ausgehandelt oder geprägt haben. Soviel also zur Begriffswahl. Das kann man alles noch viel ausführlicher und auch komplizierter darstellen, und ich werde es auch noch tun müssen, so fürchte ich, aber für den heutigen Abend wollte ich doch darauf verzichten. Dementsprechend besteht die Frage:

Was ist Öffentlichkeit in den Quellen? Es handelt sich ganz klar eben um die veröffentlichte Meinung. Man hat in Mannheim Glück und Pech zugleich, dass man für meinen Untersuchungszeitraum dreieinhalb der fünf erwähnten Tageszeitungen zwar nicht ganz flächendeckend, aber doch so gut überliefert zu haben, dass man damit sinnvoll arbeiten kann. Das Pech besteht darin, dass man bei den Anderen, die nur fragmentarisch vorliegen, auf eine adäquate Ersatzüberlieferung angewiesen ist. Und da erfährt man, das weiß jeder, der mit Zeitungen aus dieser Zeit gearbeitet hat, wesentlich mehr, als das heutzutage der Fall ist, zum einen, welche reichsweiten Netzwerke rezitiert wurden; man zitiert sehr viel, übernimmt sehr viel, ordnet sehr vieles ein, aber man kann dadurch auch sehen, wie man sich denn zu den Verhältnissen im Reich gestellt hat. Und andererseits hat man auch Stimmen aus der Leserschaft wesentlich mehr Anteil gegeben. Dazu analysiere ich natürlich auch noch persönliche Dokumente, mit allen bekannten und damit verbundenen Problemen. Es gibt Tagebücher, es gibt die Feldpostbriefe, wobei hier die Überlieferung ja meistens aus denjenigen Briefen besteht, die aus dem Feld nach Hause geschickt wurden, und da muss man schon sehr viel puzzeln, um Informationen über die Stadt herauszulesen. Viel spannender ist natürlich die andere Richtung, die aber kaum überliefert ist, oder wenn, dann nur mit Zufallsfunden.

Dr. Müller: In einem Mannheimer Aufsatz habe ich einmal gelesen, dass Wilhelm II. Mannheim nie besucht habe, weil es ihm zu rot war. Ich weiß nicht ob das stimmt? Aber haben Sie in Ihren Quellen über den Ruf Mannheims außerhalb der Stadt etwas gehört? Wir wissen doch, dass Rosa Luxemburg einmal ironisch von der Großherzoglich Badischen Sozialdemokratie sprach, aber vielleicht hat das nur die Karlsruher betroffen. Aber wenn man etwa an das Ende der Revolution denkt, daran dass Abgeordnete der SPD bei der Beerdigung Großherzog Friedrichs I. dabei waren, dann hat man den Eindruck, dass die badische Sozialdemokratie offensichtlich nicht so rot war. Oder ist das nur eine Episode?

Herr Thanbichler: Nein, es ist tatsächlich so, dass auch die Mannheimer von allen Seiten ein bisschen skeptisch betrachtet wurden. Innerhalb der SPD war es mit Karlsruhe zusammen der Führer des Revisionismus, Ludwig Frank habe ich schon erwähnt, seinen Vorgänger August Dreesbach genauso. Die waren in großen Teilen der Partei unbeliebt und wurden sehr misstrauisch beäugt. Und umgekehrt, das Preußentum beäugte die Stadt Mannheim eigentlich auch sehr skeptisch. Man sagt dies habe mit dem Verhalten in der Stadt in der 48er Revolution zu tun, deren Nachfahren eigentlich die Stadt immer noch prägten. Auch Bassermann ist ja weitläufig mit Friedrich Daniel Bassermann, dem Revolutionär verwandt. Es gibt von Hedwig Wachenheim, die auch in Mannheim aufgewachsen ist, das schöne Zitat, wonach Mannheim immer nur schlechte Regimenter bekam, weil die Preußen ihnen nicht trauten. Inwiefern das aktenkundig ist, kann ich jetzt nicht beurteilen, aber es stimmt doch, dass die Regimenter in Mannheim abgebaut wurden, so dass man am Schluss nur Infanterie hatte. Bei Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, wenn das Kaiserliche Haus sich eingemischt hat, wurde eigentlich immer Frankfurt bevorzugt und nicht die Konkurrenz in Mannheim, und es gibt viele Indizien, die auf dieses Bild schließen lassen und die, umgekehrt, sich ja auch ein bisschen in diesem Erfolgsmodell finden, das ich am Anfang zitiert habe. Wenn die beiden Seiten einigermaßen miteinander kooperierten, dann war das natürlich reichsweit, auch wieder für beide Seiten, die darüber standen, sehr verdächtig.

Frau Roellecke: Mich würde interessieren, was die Kirchen dazu gesagt haben. Denn die Kirchen haben immer über alles Bescheid gewusst, und sich auch die Informationen durch die Situationsberichte und so weiter eingeholt. Und in diesen Berichten kann man dann sehr genau nachlesen, wie eigentlich diese Menschen, die damals zu den Gemeinden gehörten, eingestellt waren.

Herr Thanbichler: Meinten Sie jetzt in Bezug auf den Krieg?

Frau Roellecke: In Bezug auf die Mobilisierung zum Krieg.

Herr Thanbichler: In Bezug auf die Mobilisierung war es so, was ich gerade schon gesagt habe, man erlebte ungeheuren Zuspruch. Und es war von Anfang an für beide Kirchen klar, dass sie sich nicht abwartend oder gar gegen den Krieg verhalten würden. Deshalb sagte ich auch vorhin, die Kriegspredigten und Kriegsgebete ähneln sich doch sehr auffallend, vielleicht, auch wenn es das gängige Klischee bestätigt, mit einem bisschen mehr Betonung auf Demut und Gottergebenheit bei den Katholiken, während die Protestanten und, angesichts der Mehrheiten in Mannheim, eben auch die protestantischen Pfarrer in Mannheim, in dieser starken Zusammenführung von Protestantentum und Deutschtum natürlich eine wunderbare Argumentationslinie besaßen. Insgesamt sah man die Hoffnung auf sittliche Erneuerung, die ich genannt habe, sie taucht in allen Predigten und Artikeln von Geistlichen vor allem in der Anfangszeit des Krieges auf. Da wurde es schon deutlich, dass man in Krisensituationen Halt bei Institutionen, also gerade bei den Kirchen gesucht wird, dass beispielsweise viel mehr kirchlich getraut wird, weil es Kriegstraungen und ähnliches gegeben hat. Da ist es vielleicht ganz interessant zu sehen, dass man da auch relativ bewusst daran arbeitete. Für die Mannheimer Katholiken ist die Überlieferung leider nicht so gut, aber auf der gesamtbadischen Ebene wurden Mitte September erste Seelsorgerichtlinien, speziell für die Kriegsseelsorge, erarbeitet, die natürlich den Umgang mit den kriegsbedingten Schicksalsschlägen, Verwundungen, Todesfall in der Familie und sonstiges abdeckten. Dies war zunächst eine theologische Handreichung, aber es waren durchaus strategische Elemente darin enthalten, wie man die sozusagen verlorenen Schäfchen, die erst jetzt im Zuge der Krise zur Kirche zurückkehrten, dauerhaft an sich binden könnte. Insofern gebe ich Ihnen Recht, es war ein sehr sensibles Gespür für Stimmungen in der Bevölkerung da. Man erkannte mehr Nuancen, als man selber öffentlich zugab, weil man sich doch sehr stark auf den deutschen Kriegsdiskurs insgesamt einließ. Und man dachte auch strategisch darüber nach, wie man das für seine Zwecke nutzen könnte. Doch, das muss leider gesagt werden, zumindest für das erste Kriegsjahr sind mir jetzt, aus Mannheim keine, und auch aus dem gesamtbadischen Bereich relativ wenig wirklich kriegskritische Stimmen bekannt. Dies gilt auch für interne Erwägungen, was man ja vielleicht aus christlicher Sicht hätte erwarten können.

Prof. Rödel: Sie haben erwähnt, dass der Verbandskatholizismus integriert werden sollte, und auch integriert wurde in den städtischen Apparat, und dass man darüber eine gewisse Genugtuung empfand. Habe ich das richtig verstanden? Es waren aber wohl hauptsächlich die Funktionäre, die Genugtuung empfunden haben. Hat man das öffentlich gemacht, hat man also eigentlich nur die Konstellation begrüßt, oder hat man auch den Krieg als solchen begrüßt, der das ja ausgelöst hat? Das ist meine eine Frage, die andere geht auch in die Richtung des Konfessionsproblems. Die „feste Burg“, das haben Sie ja zitiert, die hatte man im Elsass. Die

Protestanten im Elsass, haben die umso fester besungen, weil sie ja im Elsass dieses Nationalitätenproblem hatten, wo man sagte, die Evangelischen sind auf jeden Fall gute Deutsche, und die Katholiken sind das und das. Es wird einen Aufsatz in der ZGO im nächsten Jahr geben, wo das thematisiert ist, ich beziehe mich darauf schon jetzt. Gab es in Mannheim auch diese Kritik, dass die Katholiken vielleicht zu international sind? Und dies dann vielleicht auch Frankreich gegenüber, das ja als katholisches Land angesehen werden konnte, und dem gegenüber die Katholiken zu nachgiebig oder zu wenig patriotisch wären? Kann man das in Mannheim auch so sagen?

Herr Thanbichler: Also zur ersten Frage der Selbstwahrnehmung des Katholizismus. Man war ganz bestimmt stolz darauf auf Funktionärebene, und weil mir das katholische Milieu in Mannheim so geschlossen vorkommt, denke ich, dass die Identifikation dort nicht nur auf Funktionärebene eine hohe war. Man zeigte das natürlich angesichts des Krieges nicht so deutlich. Wahrscheinlich empfand man das auch nicht so, sondern empfand es eher als eine gewisse Tragik, dass es dieser Krise bedurfte, um endlich seine gebührende Anerkennung zu bekommen. Man zeigte das natürlich indirekt, und hier ist es schade, dass gerade die katholische Zeitung aufgrund ihrer geringen Auflage zu denen gehört, die nur in Einzelexemplaren vorliegt. Aber auch aus anderen Veröffentlichungen, in denen man gerne publizierte, geht etwa hervor, dass ein Gerichtsrat Gießler, also einer der führenden Mannheimer Katholiken, oder dessen Frau, die in der Wohltätigkeitsorganisation sehr viel tat, bei dieser und jener Veranstaltung die Stadt vertreten haben oder anwesend waren, als dieser wichtige Beschluss gefallen wurde. Man veröffentlichte regelmäßige Berichte von Joseph Bauer, dem Mannheimer Stadtdekan, der teilweise als Garnisonsgeistlicher unterwegs war, und sonstiges. Also es zeigt sich schon durch die Art und Weise, und vor allem die Häufigkeit der Veröffentlichungen zu wirklich wichtigen Veranstaltungen, ein gewisser Stolz. Die andere Frage, nach dem konfessionellen Zwist, lässt sich aus der Presse teilweise, aber eher in Untertönen, herauslesen. Bei denen will ich gar nicht unbedingt unterstellen, dass man damit bewusste Zweifel wecken wollte, sondern man war es einfach nicht gewöhnt, nett zu den Katholiken zu sein. Dass man auf Feldgottesdienste einging, die gemischt konfessionell waren, was eigentlich eine kleine Sensation war, war ein Faktor, der gar nicht erwähnt wurde. Oder die Berichterstattung über den Franktireurkrieg in Belgien und Frankreich, die ja auch auf Reichsebene massiv das antikatholische Ressentiment brachte, wobei ich noch einmal abgleichen muss, ob das jetzt eigene Artikel der Mannheimer sind, oder ob man da einfach Berliner Blätter und deren Hintergrundtext übernommen hat. Vor wem - es gibt da eine Pastorenkonferenz der katholischen Kirche im Dezember - diese Angst hatten oder wem sie nicht trauten, das war die protestantische Seite. Da tauchten in der Stadt Flugschriften auf, die aber nicht offiziell gedruckt wurden oder auf Zeitungen zurückgingen, sondern die von Außen kamen und die genau diese Ressentiments, die Sie gerade erwähnten, weckten. Dies geschah teilweise bewusst, indem man sagte, die Ultramontanen sind eben ultramontan, sind zuerst Katholiken und dann Deutsche. Dies wurde eher subtil ausgedrückt, indem man auf den deutschen Luther einging und den Kampf für den deutschen Glauben und ähnliches. Woher diese Schriften kamen, lässt sich so nicht klären. Die Stadt hat das nicht abschließend geklärt und auch nicht die Militärbehörden. Aber diese Fälle sind doch aktenkundig. Die katholischen Geistlichen haben ihre protestantischen Amtsbrüder dahinter vermutet, was eben zeigt, wieweit das Vertrauen im Dezember 1914 ging.

Prof. Krimm: Ich habe bewundert, wie Sie untersuchen wollten, was denn die Massen, die ja offensichtlich im Krieg auf der Straße waren, eigentlich wollten oder warum sie auf die Straße gingen. Sie haben dann gesagt, sie wollten vor allem Informationen. Aber wenn man von Masse und Intention einer Masse hört, dann ist man natürlich immer etwas skeptisch, woher man denn weiß, was Massen eigentlich wollen, und was die da auf der Straße treiben. Ich musste mich einmal befassen mit den Berichterstattungen von John Ried aus Petersburg 1917, und der hat auch immerfort berichtet, was die Massen alles wollen, und er war da ein Sympathisant, war sehr begeistert von dem was er sah. Wenn man aber seine Passagen über die Massen dann einmal textkritisch abgeklopft hat, dann blieb fast nichts davon übrig. Dann waren das sehr oft Fiktionen, die man als Fiktionen erkennen konnte, weil er sich an anderer Stelle dann widersprochen hat. Das heißt, was die Massen sind und was sie auf die Straße bringt, für diese Fragen sind die Quellen doch wahrscheinlich nur die Zeitungen und deren Berichterstattung, auch deren Tenor. Wie finden Sie durch diesen Dschungel einer schwierigen Quellenbehandlung hindurch?

Herr Thanbichler: Das ist schwierig, wie es beim „Dschungel“ eigentlich immer ist. Es hilft zum einen, einiges gegeneinander auszuspielen. Wie ich gesagt habe, ist die Presselandschaft nach Ausbruch des Krieges differenzierter als man es erwarten könnte. Es fällt z.B. auf, dass die nationalliberale Zeitung eigentlich immer nur von dem Publikum, oder der Öffentlichkeit oder der Bevölkerung spricht, und damit offenkundig ganz unterschiedliche Dinge meint. Einmal soll die Sozialdemokratie das Publikum beruhigen, dann ist das Publikum begeistert und singt „Die Wacht am Rhein“. Das waren vermutlich nicht dieselben Leute. Wie gesagt, das findet sich in sozialdemokratischen Zeitungen wesentlich differenzierter. Man kann es teilweise über Leserbriefe ganz gut in den Griff bekommen, wenn darin auf solche Hintergründe eingegangen wird. Teilweise ist es auch ein ganz interessanter Anlass, das Ganze einmal sozialgeographisch anzusehen, also zu fragen, welcher Leserbriefschreiber sich worüber beschwert. Zum Glück sind ja die Adressbücher aus dieser Zeit sehr ausführlich, so dass man nicht nur herausbekommt, wo der Betreffende wohnte, sondern auch in welchem Stock und welchen Beruf er hatte und eventuell sogar noch seine Konfession, wobei man immer wieder die Reichsebene oder andere Gebiete als Vergleich hierzu heranziehen muss. Klar ist dann ein gewisser Text, der vorgegeben ist, weil das dem Öffentlichkeitsbild entsprach. Aber wenn man auf die Bevölkerungszusammensetzung achtet - es gibt ja auch inzwischen relativ viele Regionalstudien, die man anschauen kann – und beobachtet, welche Phänomene dort auftraten und welche nicht auftraten, dann wird man sozialpsychologisch die Masse in diesem Moment nicht in den Griff bekommen. Aber man wird zumindest einmal Motivlagen haben, die man abklopfen kann und wird feststellen können, wie plausibel die eine oder die andere ist, und wenn ich das schaffen würde, dann wäre ich eigentlich schon sehr zufrieden.

Prof. Krimm: Eine andere Frage, wobei es mir gerade um die Besonderheit der Mannheimer Verhältnisse, die Individualität der Mannheimer Verhältnisse geht. Wenn Sie die Gremienkooperation in der Zeit vor 1914 in Mannheim schildern, wie zwischen Sozialdemokraten und Nationalliberalen, die sich zwar tapfer bekämpfen in der politischen Öffentlichkeit, die aber in den Gremien doch ganz gut miteinander auskommen, dann klingt das eigentlich für badische Ohren so etwas wie ein lokales Abbild etwa der Grossblockpolitik in den Jahren vor 1910 in der gesamt Region. Das ging ja nicht lange, aber es war doch immerhin

etwas ganz Besonderes, was es auch nur in Baden gegeben hat. Kann man nun sagen, dass diese Mannheimer Konstellation ein Abbild, ein Reflex auf solche Möglichkeiten des Zusammengehens ist? Oder ist das ein Mannheimer Eigengut, das es so eben nur in Mannheim gegeben hat? Wie steht Mannheim da im Vergleich zu den anderen Städten?

Herr Thanbichler: Also in Bezug auf die badische Situation würde ich Ihnen recht geben, insbesondere, wenn wir es an den beiden genannten Parteien festmachen. Natürlich ist die Sache noch ein bisschen komplizierter, aber in Bezug auf die Nationalliberalen ist es schon so, dass es da ungemein erleichtert wurde, Zugeständnisse an die Sozialdemokratie zu machen, sei es nun durch Wahl von Sozialdemokraten, zwar nicht zu Bürgermeister, soweit ging man nicht, aber doch in städtische Vertrauenspositionen, insbesondere bei außerplanmäßigen Kommissionen, dass man sich darauf berufen konnte: „Wir arbeiten ja zusammen. Und das klappt auf Landesebene auch, also warum versuchen wir das nicht auch hier?“ Auf sozialdemokratischer Seite wäre es jetzt vielleicht ein bisschen zu weit aus dem Fenster gelehnt, aber durchaus eine These, dass das von Mannheimer aus sehr stark forciert wurde und dass man vielleicht auch probierte, solche Erfolge auf kommunaler Ebene zu zeigen, um zu sagen, das ist ein Modell, was im Großen funktionieren kann und das sogar noch ausbaufähig ist, und zwar nicht nur durch eine Tolerierung, sondern gar durch gemeinsame Initiativen. Das gilt vor allem für den Vorgänger von Ludwig Frank - August Dreesbach - der höchst pragmatisch war, also auch noch stärker als Frank dafür angefeindet worden ist und dem auch nachgesagt wird, er hätte direkten Zugang zum Mannheimer Oberbürgermeister Otto Beck gehabt, was auch wieder eine kleine Sensation bei einem sozialdemokratischen Politiker wäre. Klar ist, dass dies so wahrscheinlich nur in Baden möglich war. Es wurde der bürgerlichen Seite leichter gemacht, Aufforderungen der Sozialdemokraten einzusehen und dann mit ihnen gemeinsam nach Lösungen zu suchen, dadurch, dass man sich auf die Staatsebene berufen könnte. Und vielleicht wäre dies eine weiter zu verfolgende These, dass es bewusst von der Mannheimer SPD induziert wurde, die ja auch teilweise Vorort der SPD war und wichtige Leute stellte, um zu zeigen, dass das funktionieren kann. Auch wenn Frank in reichsweiten Publikationen schrieb, verwies er immer auf die Erfolge, die man in Baden und in Mannheim damit sammeln konnte.

Prof. Krimm: Und noch als letzte Frage von mir, immer noch auf der Suche nach diesem Mannheimer Eigengut oder eben nicht Eigengut. Sie haben sich ja genauer befasst mit der städtischen Zentrale für Kriegsfürsorge, die eine bedeutende Rolle in der Bewältigung der zunehmenden Arbeitslosigkeit spielte und auch in der Befriedung in dem Weg zum späten Burgfrieden, so fasse ich dies jetzt einmal vereinfachend zusammen. Ist das jetzt auch eine genuin Mannheimer Entwicklung oder ist das nicht vielmehr eine Regierungsvorgabe, die alle Städte so zu lösen hatten in diesen Ämtern für Kriegsfürsorge und die nicht nur auf Mannheim beschränkt war?

Herr Thanbichler: Das war es, und wenn ich das richtig im Kopf habe, dann war es ab Oktober reichsgesetzlich vorgeschrieben, das zu regeln. Es war auf jeden Fall nach dem 5. September, als in Mannheim nicht nur darüber beraten, sondern diese Zentrale gegründet wurde. Es kam allerdings, so kann man sagen, auch relativ spät. Freiburg hatte in der ersten Woche einen Ausschuss für Kriegsfürsorge gegründet. Nürnberg hatte relativ schnell so eine besondere Stabsstelle direkt im Rathaus dafür eingerichtet. Mannheim hatte auch verschiedene Ausschüsse für Liebesgaben und für Volksküchen und ähnliches. Aber diese Zentrale gründete

man eben im September 1914, also bevor man es musste, aber nachdem man es hatte machen können, wie ja andere Städte gezeigt haben, was dann vielleicht auch wieder ein Stück weit Mannheimer Eigengut zeigt, nämlich die Vorstellung, es hätte auch anders gehen können, wir brauchen dies nicht unbedingt, denn wir haben eine moderne Verwaltung, wir haben sozialen Frieden in der Stadt, also läuft es vielleicht auch damit. Denn ich bin, wie gesagt, der Meinung, dass zumindest das Bürgertum sich nicht bewusst war, wie viele Zugeständnisse es machen musste, was jetzt den Wegfall der eigenen Arbeitsnachweise und ähnliches angeht.

Prof. Krimm: Ich glaube, damit sind wir am Ende der Diskussion. Sie haben gezeigt, dass Mannheim für viele Fragestellungen immer besonders gut geeignet ist. Und wenn ich an meine archivarischen Anfänge zurückdenke, wo wir hier im Haus im großen Stil die Akten der Schlichtungsausschüsse verzeichnet haben, dann ist mir sehr erinnerlich, dass die Mannheimer Akten, die dann ungefähr 1916 beginnen, immer die interessantesten waren, mit diesen sozialen Spannungen und dem Zwang, sich in der Kriegswirtschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu verständigen. Die Mannheimer Akten füllen viele Meter, während es in den anderen Städten ziemlich unbedeutend ist. Mannheim war also nicht nur auf diesem Sektor, aber dort wie auch in anderen Dingen führend.